

Antrag

der Abgeordneten Markus Frohnmaier, Barbara Benkstein, René Bochmann, Peter Boehringer, Marcus Bühl, Thomas Dietz, Dr. Malte Kaufmann, Dr. Michael Kaufmann, Jan Wenzel Schmidt, Dr. Harald Weyel, Kay-Uwe Ziegler und der Fraktion der AfD

Terrorismus in den Palästinensischen Autonomiegebieten austrocknen – Streichung der finanziellen Zuwendungen für die Palästinensischen Autonomiegebiete

Der Bundestag wolle beschließen:

- I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:
 1. Das Jahr 2020 war von besonderer Bedeutung für die Friedenspolitik im Nahen Osten und Nordafrika. Unter Vermittlung der US-amerikanischen Administration und dem damaligen US-Präsidenten Donald Trump gelang es dem Staat Israel unter dem damaligen und inzwischen wiedergewählten Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu Friedensabkommen mit den muslimischen Staaten Vereinigte Arabische Emirate, Bahrain und Sudan zu schließen. Marokko erkannte Israel als Staat an und nahm auch offiziell diplomatische Beziehungen zu Israel auf.

Diese Abkommen sind auch Resultat einer neuen Herangehensweise in der Friedenspolitik im Nahen Osten. Schließlich kamen sie ohne Berücksichtigung oder Verhandlung mit den Palästinensischen Autonomiegebiete zustande.

Die Fortschritte in der Friedenspolitik im Nahen Osten sind ausdrücklich zu begrüßen. Auf ihrer Grundlage können die Beziehungen zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn weiter ausgebaut und normalisiert werden.

2. Frieden und Prosperität im Nahen Osten liegen im Interesse der Bundesrepublik Deutschland. 61 Prozent der weltweiten Erdölreserven befinden sich im Nahen Osten.ⁱ Auch die Erdgasförderung, die energieintensive Industrie und die Landwirtschaft prägen den Nahen Osten und Nordafrika. Die wirtschaftliche Bedeutung des Nahen Ostens und Nordafrikas steigt nicht zuletzt auch wegen des Russisch-Ukrainischen Krieges. Deutschland benötigt zuverlässige Lieferanten und neue Märkte für den Export eigener Produkte. Instabilität und Rückzugsräume für Terroristen im Nahen Osten und insbesondere in den Palästinensischen Autonomiegebieten sind eine Bedrohung für die deutsche Sicherheit.ⁱⁱ

3. Das deutsche Auswärtige Amt führt zu den bilateralen Beziehungen Deutschlands zu Israel aus: „Die einzigartigen Beziehungen zwischen Deutschland und Israel sind ein Grundpfeiler der deutschen Außenpolitik. Deutschland steht ein für das Existenzrecht des Staates Israel.“ⁱⁱⁱ Deutschland verbindet mit Israel Geschichte, Freundschaft und reger Handel. Deutschland ist der wichtigste Handelspartner Israels in der Europäischen Union. Nach Exporten steht Israel an 41. Stelle der insgesamt 239 Handelspartner Deutschlands. Die Palästinensischen Gebiete rangieren auf Platz 124. Der Handelsumsatz zwischen Israel und Deutschland beträgt das 74-fache des Handelsumsatzes zwischen den Palästinensischen Gebieten und Deutschland nach Angaben des Statistischen Bundesamtes für das Jahr 2021.^{iv}
4. Die Zuwendungen der Bundesrepublik Deutschland an die Palästinensischen Autonomiegebiete sind in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen. Von 2012 bis 2021 beläuft sich die deutsche Entwicklungshilfe auf knapp 1,8 Milliarden US-Dollar.^v Bereits seit Anfang der 1980er Jahre unterstützt die Bundesrepublik Deutschland die Palästinensischen Autonomiegebiete^{vi} und gilt als der zweitgrößte bilaterale Geber weltweit. Das Auswärtige Amt begründet das deutsche Engagement für die Palästinensischen Gebiete als Beitrag zum Aufbau eines funktionsfähigen und demokratischen palästinensischen Staates und zur Verwirklichung der sogenannten Zweistaatenlösung.^{vii}

Von diesem Zustand sind die Palästinensischen Autonomiegebiete und die Palästinensische Autonomiebehörde, die formal die Regierungsfunktionen in den Autonomiegebieten ausübt, jedoch denkbar weit entfernt. Seit 2005 regiert Mahmud Abbas als Präsident der Palästinensischen Autonomiebehörde die Palästinensischen Autonomiegebiete. Seit 2009 tut er dies ohne jegliche demokratische Legitimation. Angesetzte Wahlen werden ohne belastbare Begründung abgesagt oder in die Zukunft verschoben. Abbas leugnet den Holocaust.^{viii} Konflikte zwischen den verschiedenen palästinensischen Fraktionen werden wiederholt gewalttätig ausgefochten. Regelmäßig kommt es zu Raketenbeschuss aus den Palästinensischen Autonomiegebieten gegen Israel und zu Anschlägen und Selbstmordattentaten extremistischer Palästinenser. Die Palästinensische Autonomiebehörde bezahlt inhaftierten Terroristen und den Hinterbliebenen von Selbstmordattentätern ein monatliches Gehalt aus einem „Märtyrerfonds“.^{ix}

Die politische Landschaft der Palästinensischen Autonomiegebiete wird dominiert durch islamistische, antisemitische und anderweitig militante oder extremistische Akteure. Eine klare Trennung zwischen Parteien, sogenannter Zivilgesellschaft, paramilitärischen und terroristischen Organisationen ist oftmals nicht möglich.

Die deutsche Entwicklungshilfe hat direkt oder indirekt wiederholt lokale Nichtregierungsorganisationen gefördert, die mit terroristischen Organisationen personell und finanziell verwoben sind oder der antisemitischen Boycott, Divestment and Sanctions-Bewegung angehören.^x Aus deutschen Hilfsmitteln für Bildungsprojekte und die Arbeit der UNRWA (United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East) werden antisemitische Schulbücher und Lehrkräfte, die antisemitische Inhalte vermitteln, finanziert.^{xi}

Das Pew Research Center stellt in einer Studie von 2009 fest, dass 97 Prozent der Palästinenser eine ablehnende Haltung zu Juden haben.^{xii} 44 Prozent haben eine positive Meinung über die Hamas.^{xiii} 51 Prozent der Palästinenser vertrauten vor dessen Tod dem Terroristenführer Osama bin Laden.^{xiv}

5. Die islamistische Hamas hat am Wochenende vom 7. und 8. Oktober 2023 das gravierendste Massaker an israelischen Zivilisten seit Gründung des Staates Israel begangen. 800 Menschen wurden dabei getötet, tausende verletzt und 100 weitere verschleppt. Die Europäische Union hat ihre Entwicklungsleistungen an die Palästinensischen Autonomiegebiete als Reaktion auf das Massaker ausgesetzt und die Prüfung sämtlicher Projekte angekündigt.^{xv}
Die deutsche Bundesregierung kündigte eine gründliche Prüfung ihrer Entwicklungsprojekte in den Palästinensergebieten an. Zahlungen würden derzeit nicht ausgeführt.^{xvi} Stimmen aus den Regierungsfractionen fordern dennoch die Weiterführung der Entwicklungszusammenarbeit mit den Palästinensergebieten.^{xvii}
6. Entwicklungshilfe ist ein Instrument der Außenpolitik und unterliegt dem Primat deutscher nationaler Interessen. Daher sollten deutsche Entwicklungsleistungen im Kontext des Nahostkonflikts auf ihre Kompatibilität mit den deutschen Interessen fortlaufend kontrolliert und evaluiert werden. Entwicklungsleistungen sollten in diesem Zusammenhang vor allem als konditionierendes Instrument eingesetzt werden, um das Verhalten der palästinensischen Seite positiv zu beeinflussen.
7. Es liegt nicht im deutschen Interesse, palästinensische Akteure zu finanzieren, die offen oder verdeckt die Vernichtung des israelischen Staates oder des jüdischen Volkes fordern, gutheißen oder zu verwirklichen suchen. Es liegt nicht im deutschen Interesse, palästinensische Akteure zu finanzieren, die sich der antisemitischen Boycott, Divestment and Sanctions-Bewegung zuordnen lassen oder personelle, finanzielle und ideologische Verbindungen zu terroristischen Organisationen aufweisen. Die Zuwendungen Deutschlands und der Europäischen Union an die Palästinensischen Autonomiegebiete hat den Nährboden für eskalierende Gewalt durch palästinensische Akteure mitgeschaffen.
8. Lokale und internationale Nichtregierungsorganisationen, kirchliche Träger und politische Stiftungen haben sich als Durchführungspartner der deutschen Entwicklungszusammenarbeit und der humanitären Hilfe in den Palästinensischen Autonomiegebieten nicht als zuverlässig erwiesen.^{xviii} Humanitäre Hilfe hat das Ziel, Menschen in akuten Notlagen etwa in Konflikten und nach Naturkatastrophen zu unterstützen. Dabei folgt sie Prinzipien, die von lokalen und internationalen Nichtregierungsorganisationen nicht im gebotenen Maße eingehalten werden.

- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,
1. die nichtstaatliche Entwicklungszusammenarbeit mit und in den Palästinensischen Autonomiegebieten einzustellen;
 2. die staatliche Entwicklungszusammenarbeit mit den Palästinensischen Autonomiegebieten einzustellen;
 3. lokale und internationale Nichtregierungsorganisationen nicht mehr mit der Durchführung von Projekten im Rahmen der humanitären Hilfe zu beauftragen, sondern ausschließlich auf staatliche Durchführungsorganisationen, das Amt der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten und das Internationale Komitee vom Roten Kreuz zurückzugreifen;
 4. die deutschen Zuwendungen an die UNRWA (United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East) einzustellen.

Berlin, den 11. November 2024

Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion

ⁱ [https://www.klett.de/alias/1038934#:~:text=Aktuell%20befinden%20sich%2061%20Prozent,und%20die%20Vereinigten%20Arabischen%20Emirate.](https://www.klett.de/alias/1038934#:~:text=Aktuell%20befinden%20sich%2061%20Prozent,und%20die%20Vereinigten%20Arabischen%20Emirate.,), abgerufen am 18.01.2023.

ⁱⁱ Vgl. Münchner Olympia-Attentat 1972 und enge Verflechtung der Roten Armee Fraktion mit der noch heute aktiven Volksfront zur Befreiung Palästinas, <https://www.his-online.de/forschung/projekt/detail/projects/raf-chronik/>, abgerufen am 18.01.2023.

ⁱⁱⁱ [https://tel-aviv.diplo.de/il-de/themen/politik/-/1608898#:~:text=Die%20einzigartigen%20Beziehungen%20zwischen%20Deutschland,die%20Friedensbem%C3%BChung%20im%20Nahen%20Osten.](https://tel-aviv.diplo.de/il-de/themen/politik/-/1608898#:~:text=Die%20einzigartigen%20Beziehungen%20zwischen%20Deutschland,die%20Friedensbem%C3%BChung%20im%20Nahen%20Osten.,), abgerufen am 18.01.2023.

^{iv} https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Aussenhandel/Tabellen/rangfolge-handelspartner.pdf?__blob=publicationFile, abgerufen am 12.01.2023.

^v <https://stats.oecd.org/Index.aspx?DataSetCode=TABLE2A>, Donor: Germany, Recipient: West Bank and Gaza Strip, abgerufen am 20.01.2023.

^{vi} <https://ramallah.diplo.de/ps-de/themen/-/1600266>, abgerufen am 20.01.2023.

^{vii} <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/laender/palaestinensischegebiete-node/deutsche-hilfe-palaestina/203632>, abgerufen am 20.01.2023.

^{viii} <https://www.rnd.de/politik/mahmut-abbas-von-der-eu-bezuschusst-politisch-zunehmend-isoliert-EE4TRWKP35AWHBPB2ZROX3WMQY.html>, abgerufen am 31.07.2023.

^{ix} https://www.rbb-online.de/kontraste/ueber_den_tag_hinaus/migration_integration/wie-die-palaestinensische-regierung-moerder-und-deren-familien-unterstuetzt.html, abgerufen am 13.01.2022.

^x Vgl. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage auf den Bundestagsdrucksachen 19/23421, 19/29653, 19/31137 und 19/29920 sowie <https://www.bild.de/politik/ausland/politik-ausland/terrorverherrlichung-bis-bds-giz-entwicklungshilfe-fuer-israelhasser-61419004.bild.html>, abgerufen am 12.01.2022, und <https://www.welt.de/politik/deutschland/article242640977/Israels-schwerer-Verdacht-dass-Terroristen-deutsche-Steuer-gelder-erhalten.html>, abgerufen am 12.01.2023.

^{xi} Vgl. <https://www.tagesspiegel.de/gesellschaft/hass-der-den-unesco-richtlinien-entspricht-4258360.html>, abgerufen am 11.10.2023,

<https://www.israelnetz.com/un-schulbuecher-radieren-israelische-staedte-aus/>, abgerufen am 11.10.2023, und <https://www.tagesspiegel.de/politik/wenn-deutsches-steuergeld-antisemitismus-finanziert-8015854.html>, abgerufen am 11.10.2023.

^{xii} <https://www.pewresearch.org/global/2010/02/04/chapter-3-views-of-religious-groups/>, abgerufen am 22.01.2023.

^{xiii} <https://www.pewresearch.org/global/2010/02/04/mixed-views-of-amas-and-hezbollah-in-largely-muslim-nations/>, abgerufen am 22.01.2023.

^{xiv} <https://www.pewresearch.org/global/2010/02/04/chapter-2-rating-muslim-leaders/>, abgerufen am 22.01.2023.

^{xv} <https://www.welt.de/politik/ausland/article247894426/Israel-Liveticker-Wir-werden-den-Nahen-Osten-veraendern-sagt-Netanjahu.html?icid=search.product.onsitesearch>, abgerufen am 09.10.2023.

^{xvi} <https://www.bmz.de/de/aktuelles/aktuelle-meldungen/ministerin-schulze-zu-den-aktuellen-entwicklungen-in-israel-182378>, abgerufen am 09.10.2023.

^{xvii} <https://www.welt.de/politik/deutschland/article247886918/Steuergeld-fuer-Palaestiner-Eine-Streichung-wuerde-Terrororganisationen-wie-Hamas-staerken.html?icid=search.product.onsitesearch>, abgerufen am 09.10.2023.

^{xviii} Siehe x.